

06.3377

**Motion
freisinnig-demokratische Fraktion.
BFI-Botschaft 2008–2011.
Krediterhöhung
um 8 Prozent jährlich**

Eingereichter Text 23.06.06

Der Bundesrat wird aufgefordert, im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2008–2011 (BFI-Botschaft 2008–2011), bezogen auf das Budget 2007, dem Parlament eine jährliche Krediterhöhung um mindestens 8 Prozent vorzuschlagen.

Begründung

1. Während andere Länder ihre Ausgaben in Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den letzten Jahren stark erhöht haben, ist dies der Schweiz bisher nur bedingt gelungen. Zwar besteht bei der Bevölkerung ein breiter Konsens, dass der Bildung und Forschung eine hohe Priorität zukommt. Doch diese Prioritätensetzung hat bisher zu wenig Eingang in die Finanzpolitik gefunden.
2. Die deutliche Annahme der neuen Bildungsverfassung mit 86 Prozent Ja-Stimmen (21. Mai 2006) ist zugleich ein Auftrag an Bund und Kantone, sich gemeinsam für einen qualitativ hochstehenden Bildungs- und Forschungsraum einzusetzen. Der Bund muss die Verantwortung für eine nachhaltige und zuverlässige Finanzierung der Forschung und Bildung ausserhalb der Volksschule übernehmen.
3. Um sämtliche Ziele der BFI-Politik zu erreichen, wäre eine jährliche Erhöhung der BFI-Budgets von 10 Prozent nötig. Mit Rücksicht auf die angespannte Lage der Bundesfinanzen, wird ein sehr effektiver und effizienter Einsatz der BFI-Mittel des Bundes bei einem jährlichen Wachstum von 8 Prozent gefordert. Für die Finanzierung der jährlichen Kredite sollten auch neue innovative Instrumente geprüft werden.
4. Eine Steigerung von 8 Prozent der Bundesmittel ist das Minimum, damit der Bund seine Verantwortung insbesondere in den folgenden Bereichen wahrnehmen kann:
 - Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen in der Berufsbildung und bei den Fachhochschulen;
 - höhere Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds für die Förderung der Grundlagenforschung;
 - höhere Beiträge an die Förderagentur für Innovation für die Förderung der angewandten Forschung und Innovation;
 - Abkehr vom Nullwachstum im gesamten ETH-Bereich, keine Inkaufnahme eines Leistungsabbaus;
 - Berücksichtigung der steigenden Studierendenzahlen durch Erhöhung der Grundbeiträge an die Universitäten;
 - Vollbeteiligung der Schweiz am 7. EU-Forschungsrahmenprogramm und an den EU-Bildungsprogrammen.
5. Eine Fortsetzung der heutigen Finanzpolitik wäre – angesichts der Dynamik der internationalen Wissensgesellschaft – ein Abbauszenario. Unser Land müsste recht bald Einbusen als Bildungs- und Innovationsstandort in Kauf nehmen, die zukünftigen Generationen teuer zu stehen kämen.

Antwort des Bundesrates 13.09.06

Der Bundesrat ist sich der entscheidenden Rolle der Bildung, Forschung und Innovation für das Wohlergehen der Schweiz bewusst. Er räumt diesem Bereich in seiner Finanzplanung der nächsten Jahre einen prioritären Platz ein. Die Ziele, Massnahmen und Ressourcen für diesen Bereich werden in den Botschaften zur Beteiligung der Schweiz an den Forschungsprogrammen der EU 2007–2013, an den Programmen Bildung und Jugend der EU in den Jahren 2008–2013 sowie insbesondere in der Botschaft zur Förderung der Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2008–2011 im Detail vorgelegt.

1. Es ist richtig, dass andere Länder – insbesondere Finnland, Schweden, weitere EU-Staaten und Japan – beabsich-

06.3377

**Motion
groupe radical-libéral.
Message FRI 2008–2011.
Augmentation du crédit
de 8 pour cent par année**

Texte déposé 23.06.06

Le Conseil fédéral est chargé de proposer au Parlement d'accroître les crédits annuels de 8 pour cent, sur la base du budget 2007, dans le cadre du message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pendant les années 2008 à 2011 (message FRI 2008–2011).

Développement

1. Tandis que d'autres pays ont fortement augmenté leurs dépenses en formation, recherche et innovation au cours des dernières années, la Suisse a été moins prodigue en la matière. Alors qu'il existe un large consensus parmi la population sur la priorité à donner à la formation et à la recherche, ces considérations ont été jusqu'à présent trop peu relayées par la politique budgétaire.
2. La nette approbation des nouveaux articles constitutionnels sur la formation, avec une majorité de 86 pour cent lors de la votation du 21 mai 2006, est en somme un mandat donné à la Confédération et aux cantons pour qu'ils consolident ensemble un espace de formation et de recherche de qualité. La Confédération doit assumer la responsabilité d'un financement durable et fiable de la recherche et de la formation, hors école obligatoire.
3. Pour atteindre l'ensemble des buts de la politique en matière de formation, recherche et innovation, il faudrait augmenter le budget de ce domaine de 10 pour cent par an. C'est pour tenir compte du budget serré de la Confédération que la présente motion demande une hausse annuelle de 8 pour cent, qui permettrait d'employer de manière particulièrement efficace les fonds alloués à ce domaine. Les instruments de financement des crédits annuels devront eux aussi être innovants.
4. Une augmentation de 8 pour cent des moyens alloués par la Confédération représente le minimum indispensable pour que cette dernière puisse faire face à ses responsabilités, en particulier sur les points suivants:
 - respect des prescriptions légales concernant la formation professionnelle et les hautes écoles spécialisées;
 - hausse des contributions au Fonds national suisse pour la promotion de la recherche fondamentale;
 - hausse des contributions à la Commission pour la technologie et l'innovation (CTI), agence de la Confédération pour la promotion de l'innovation, pour soutenir la recherche appliquée et l'innovation;
 - abandon de la politique de croissance zéro pour l'ensemble du domaine des EPF, refus des réductions de prestations;
 - prise en compte du nombre croissant d'étudiants par l'augmentation des subventions de base allouées aux universités;
 - pleine participation de la Suisse au 7e programme-cadre de recherche de l'Union européenne et aux programmes européens de formation.
5. Poursuivre la politique budgétaire actuelle reviendrait – étant donné la dynamique internationale de la société du savoir – à abandonner des prestations. Notre pays subirait alors sans nul doute une perte de vitesse, en termes de formation et d'innovation, et ce sont les générations futures qui en paieraient le prix.

Réponse du Conseil fédéral 13.09.06

Le Conseil fédéral est conscient du rôle décisif que le domaine de la formation, de la recherche et de l'innovation joue pour la prospérité du pays. Il donne à ce domaine une place



tigen, ihre Ausgaben im BFI-Bereich stark zu erhöhen oder dies bereits seit einiger Zeit tun. Auch in der Schweiz weisen die Ausgaben des Bundes im Bereich Bildung und Forschung im Vergleich zu anderen Aufgabenbereichen überdurchschnittliche Zuwachsraten auf. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen, die weiterhin grosser gemeinsamer Anstrengungen bedarf, um die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz zu erhalten. Seitens des Bundes wurde der BFI-Bereich auch in den Entlastungsprogrammen 2003 und 2004 prioritär behandelt, sodass er nach den Kürzungen in der laufenden Beitragsperiode immer noch einen Zuwachs von 4,1 Prozent aufweist.

2. Die Botschaft BFI 2008–2011 wird in Absprache mit den Kantonen vorgelegt werden. Im Geiste der neuen Verfassungsbestimmungen im BFI-Bereich haben im ersten Halbjahr 2006 wiederholt Aussprachen zwischen dem Bund und einer Delegation der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren zu divergierenden Positionen von Prioritäten und Ressourcen des Bundes stattgefunden. Es wird wichtig sein, dass sich nicht nur der Bund, sondern auch die Kantone zu einer prioritären Unterstützung des BFI-Bereiches verpflichten, als Basis für eine hohe Planungssicherheit für gemeinsame Absprachen. Der Bundesrat hat sich bereits für ein namhaftes Wachstum der Bundesmittel im BFI-Bereich ausgesprochen (durchschnittliches Wachstum von 4,5 Prozent pro Jahr). Erste Informationen aus den Kantonen zeigen, dass sie ebenfalls – in unterschiedlichem Masse – gesamthaft Steigerungen vorsehen.

3./4. Die Finanzierung der Eingaben der Forschungsorgane und Hochschulen, die Erreichung der gesetzlichen Maximalvorgaben im Bereich der Berufsbildung und der Fachhochschulen und die Sicherstellung der Beteiligung der Schweiz an den EU-Forschungs- und Bildungsprogrammen würden eine jährliche Erhöhung der BFI-Mittel von etwa 8 Prozent auf der Basis des vom Bundesrat verabschiedeten Budgets 2007 erfordern. Die dem Bund zur Verfügung stehenden Mittel, die Schuldenbremse der Verfassung und die anderen prioritären Aufgaben machen eine solche Erhöhung nicht möglich. Der Bundesrat hat am 5. Juli 2006 entschieden, im Finanzplan eine durchschnittliche jährliche Erhöhung der BFI-Mittel von 4,5 Prozent einzustellen, und das EDI und das EVD beauftragt, auf dieser Grundlage die Botschaft BFI 2008–2011 auszuarbeiten. Gleichzeitig beauftragte der Bundesrat das EDI und EVD, im Rahmen dieser Botschaft Revisionen des Berufsbildungs- und des Fachhochschulgesetzes zu unterbreiten. Er erwartet, dass sich auch die Kantone noch vermehrt in der Finanzierung des BFI-Bereichs engagieren.

5. Die vom Bundesrat vorgesehene Steigerung von 4,5 Prozent ermöglicht gegenüber der Periode 2004–2007 immer noch Erhöhungen der Mittel zugunsten des Bildungs- und Forschungsplatzes Schweiz. Die Botschaft BFI 2008–2011 wird die Richtung definieren, in die sich der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereich in unserem Land zugunsten der Gesellschaft, insbesondere der jungen und älteren Lernenden, und der Wirtschaft weiterentwickeln wird. Die Dynamik der internationalen Entwicklungen im BFI-Bereich ist das Umfeld, dem die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ausgesetzt ist. Es ist allerdings nicht nur eine Frage der finanziellen Ressourcen des Bundes, ob der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz in Zukunft bestehen wird.

Erklärung des Bundesrates 13.09.06

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Bericht WBK-SR 21.05.07

Mit der am 23. Juni 2006 eingereichten Motion wird der Bundesrat aufgefordert, im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2008–2011 (BFI-Botschaft 2008–2011), bezogen auf das Budget 2007, dem Parlament eine jährliche Krediterhöhung um mindestens 8 Prozent vorzuschlagen.

prioritäre in den plan financier des années à venir. Les orientations, les mesures et les ressources prévues dans ce domaine sont exposées en détail dans le message sur la participation aux programmes européens de recherche 2008–2013, dans le message sur la participation aux programmes européens d'éducation et de jeunesse 2008–2013 et plus généralement dans le message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation (FRI) pendant les années 2008 à 2011.

1. Il est exact que d'autres pays – notamment la Finlande, la Suède, d'autres pays de l'UE et le Japon – ont l'intention d'augmenter fortement leurs dépenses dans le domaine FRI ou le font déjà depuis quelque temps. En Suisse, les dépenses dans ce domaine accusent également une croissance supérieure à la moyenne des autres domaines. Maintenir la compétitivité de notre pays est une tâche commune de la Confédération et des cantons qui nécessite la poursuite d'un grand effort conjoint. Pour sa part, la Confédération a également accordé au domaine FRI un traitement prioritaire dans les programmes d'allègement budgétaire 2003 et 2004, de manière à ce que ce domaine, après les coupes budgétaires, affiche toujours une croissance de 4,1 pour cent sur la période de crédit en cours.

2. Le message FRI 2008–2011 sera présenté d'entente avec les cantons. Dans l'esprit du nouveau régime constitutionnel dans le domaine FRI, plusieurs entretiens ont eu lieu au premier semestre 2006 entre les autorités fédérales et une délégation de la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique sur des positions divergentes de la Confédération quant aux priorités et aux ressources. Il importera que la Confédération ne soit pas seule à faire du soutien au domaine FRI une priorité, mais que les cantons s'y engagent de même, afin de constituer une base solide pour la planification et de futures ententes. Le Conseil fédéral s'est déjà prononcé pour une croissance notable des dépenses fédérales dans le domaine FRI (croissance moyenne de 4,5 pour cent par an). Les premières informations disponibles montrent que les cantons envisagent eux aussi, encore que dans des proportions variables, une croissance de ces dépenses.

3./4. Le financement de toutes les demandes présentées par les organes de recherche et les hautes écoles, la réalisation des taux de contributions maximales prévues par la loi dans le domaine de la formation professionnelle et des hautes écoles spécialisées et le financement de la participation de la Suisse aux programmes de recherche et d'éducation de l'UE entraîneraient une augmentation des crédits FRI de l'ordre de 8 pour cent par rapport au budget 2007 arrêté par le Conseil fédéral. Or, l'état des finances fédérales, le frein à l'endettement inscrit dans la Constitution ainsi que les autres tâches prioritaires interdisent une telle croissance. Le Conseil fédéral a décidé le 5 juillet 2006 de prévoir au plan financier une croissance annuelle moyenne de 4,5 pour cent pour les crédits du domaine FRI et il a chargé le DFI et le DFE de concevoir le message FRI 2008–2011 en conséquence. En même temps, le Conseil fédéral a chargé les deux départements de présenter, dans le message FRI, une révision de la loi sur la formation professionnelle et de la loi sur les HES. Il attend des cantons qu'ils fassent également un effort financier accru dans le domaine FRI.

5. La croissance de 4,5 pour cent prévue par le Conseil fédéral permettra encore d'augmenter les crédits en faveur de l'espace suisse de formation et de recherche par rapport à la période 2004–2007. Le message FRI 2008–2011 donnera les orientations pour le développement du domaine FRI en Suisse, en faveur de la société, plus spécialement des personnes – jeunes ou moins jeunes – en apprentissage, et de l'économie. La dynamique de l'évolution internationale dans le domaine FRI constitue le contexte auquel doit se mesurer la compétitivité de la Suisse. Il faut dire que l'avenir de la Suisse comme site de formation, de recherche et d'innovation ne dépend pas uniquement de l'apport financier de la Confédération.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 6 zu 2 Stimmen, die Motion abzulehnen. Eine Minderheit (Ory, Fetz) beantragt, die Motion anzunehmen.

Berichterstattung: Langenberger.

Verhandlungen und Beschluss des Erstrates

Der Nationalrat hat die Motion am 5. Oktober 2006 mit 99 gegen 70 Stimmen angenommen.

Erwägungen der Kommission

Die Mehrheit der Kommission erinnert daran, dass der Ständerat sich bereits für eine Steigerung um 6 Prozent jährlich ausgesprochen hat und die vorliegende Botschaft auf dieser Vorgabe beruht. Die Minderheit hält die Steigerung um 6 Prozent für ungenügend und will deshalb dem Nationalrat mit einer Steigerung auf 8 Prozent jährlich folgen.

Berichterstattung mündlich

Déclaration du Conseil fédéral 13.09.06

Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion.

Rapport CSEC-CE 21.05.07

Par la motion déposée le 23 juin 2006, le Conseil fédéral est chargé de proposer au Parlement d'accroître les crédits annuels de 8 pour cent, sur la base du budget 2007, dans le cadre du message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pendant les années 2008 à 2011 (message FRI 2008–2011).

Proposition de la commission

La Commission a rejeté la motion par 6 voix contre 2. Une minorité (Ory, Fetz) propose d'adopter la motion.

Rapporteuse: Langenberger.

Délibérations et décision du conseil prioritaire

Le 5 octobre 2006 le conseil national a adopté la motion par 99 voix contre 70.

Considérations de la commission

La majorité de la commission rappelle que le Conseil des Etats s'est déjà prononcé en faveur d'une augmentation de 6 pour cent par an, et qu'il a fondé le présent message sur cette donnée. Pour sa part, la minorité considère ce taux insuffisant et souhaite donc le relever à 8 pour cent par an, à l'instar du Conseil national.

Le rapport sera présenté oralement.